

## **N i e d e r s c h r i f t**

**der 17. öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des  
Hauptausschusses am 19.01.2011**

***öffentlich***

---

**Ort:** Stadthaus, Wappensaal,  
Marktplatz 2,  
06100 Halle (Saale),

**Zeit:** 16:05 Uhr bis 18:08 Uhr

**Anwesenheit:** siehe Teilnehmerverzeichnis

**Anwesend sind:**

Frau Oberbürgermeisterin Dagmar Szabados		
Herr Harald Bartl	CDU	
Frau Dr. Annegret Bergner	CDU	
Herr Bernhard Bönisch	CDU	
Herr Hendrik Lange	DIE LINKE.	
Herr Dr. Bodo Meerheim	DIE LINKE.	
Frau Elisabeth Nagel	DIE LINKE.	
Frau Gertrud Ewert	SPD	
Herr Gottfried Koehn	SPD	Teilnahme für Herrn Krause
Herr Dr. Hans-Dieter Wöllenweber	FDP	Teilnahme für Herrn Kley
Herr Tom Wolter	MitBÜRGER für Halle	
Herr Dietmar Wehrich	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	
Herr Dr. Thomas Pohlack	Bürgermeister	
Herr Egbert Geier	Beigeordneter	
Herr Dr. Bernd Wiegand	Beigeordneter	
Herr Tobias Kogge	Beigeordneter	
Herr Wolfram Neumann	Beigeordneter	
Frau Annemarie Kraft	Verwaltung	

**Entschuldigt fehlen:**

Herr Johannes Krause	SPD
Herr Gerry Kley	FDP

## zu 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit

---

Die 17. öffentliche Sitzung des Hauptausschusses wurde von **Frau Oberbürgermeisterin Szabados** eröffnet und geleitet.

Sie stellte die ordnungsgemäße Einladung sowie Beschlussfähigkeit fest.

---

**Frau Oberbürgermeisterin Szabados** gratulierte Herrn Dr. Wöllenweber nachträglich zum 70. Geburtstag.

## zu 2 Feststellung der Tagesordnung

---

**Frau Oberbürgermeisterin Szabados** bat darum, folgende Tagesordnungspunkte von der Tagesordnung abzusetzen:

- TOP 5.2      Satzung über das besondere Vorkaufsrecht im Fördergebiet  
"Infrastrukturprogramm/Gewerbebestandsgebiet Halle-Ost"  
Vorlage: V/2010/09202  
*gleiche Voten in den Fachausschüssen*
- TOP 5.5      Änderung Halle-Pass unter dem Gesichtspunkt der Neuregelung der Finanzierung an Teilhabe  
Vorlage: V/2010/09354  
*im Sozial-, Gesundheits- und Gleichstellungsausschuss am 11.01.2011 ver-  
tagt*
- TOP 6.1      Antrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM zur Prüfung der  
dauerhaften Bestandssicherung des Thalia Theaters der Stadt Halle  
Vorlage: V/2010/09317  
*gleiche Voten in den Fachausschüssen*
- TOP 6.2.      Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Aufhebung des Beschlus-  
ses zur Schließung des Thalia-Theaters  
Vorlage: V/2010/09294  
*gleiche Voten in den Fachausschüssen*
- 

Darüber hinaus kündigte **Frau Oberbürgermeisterin Szabados** an, unter dem TOP Mittei-  
lungen über folgende Themen zu informieren:

- Antrag der FDP-Fraktion zum Winterdienst für die kommende Stadtratssitzung
- Haushalt 2011
- Dringlichkeitsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD-Fraktion und Fraktion  
MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM zur Sicherung städtebaulich und denkmalpflege-  
risch bedeutsamer Gebäude - „Rote Liste“ für die kommende Stadtratssitzung
- Hochwasser

Weitere Änderungen und Anmerkungen zur Tagesordnung gab es nicht.

**Frau Oberbürgermeisterin Szabados** bat um Abstimmung der so geänderten Tagesordnung.

**Abstimmungsergebnis zur geänderten Tagesordnung:                    zugestimmt**

**Somit wurde folgende geänderte Tagesordnung festgestellt:**

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit
2. Feststellung der Tagesordnung
3. Genehmigung der Niederschrift vom 08.12.2010
4. Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung am 08.12.2010 gefassten Beschlüsse
5. Beschlussvorlagen
- 5.1 Teilnahme von zwei Stadträten an der 36. ordentlichen Hauptversammlung des Deutschen Städtetages vom 3. Mai bis 5. Mai 2011 in Stuttgart  
Vorlage: V/2010/09409
- 5.2 *Satzung über das besondere Vorkaufsrecht im Fördergebiet "Infrastrukturprogramm/Gewerbebestandsgebiet Halle-Ost"*  
Vorlage: V/2010/09202 *abgesetzt*
- 5.3 Widerspruch gegen die Beanstandungsverfügung vom 16.12.2010 zur Umwandlung des Eigenbetrieb Kindertagesstätten in eine Anstalt des öffentlichen Rechts  
Vorlage: V/2010/09414
- 5.4 Förderung der SPI Soziale Stadt und Land Entwicklungsgesellschaft mbH zum Betreiben eines "Nachbarschaftszentrums Pustebume" in Halle-Neustadt vom 01.01.2011 bis zum 31.12.2015  
Vorlage: V/2010/09347
- 5.5 *Änderung Halle-Pass unter dem Gesichtspunkt der Neuregelung der Finanzierung an Teilhabe*  
Vorlage: V/2010/09354 *abgesetzt*
6. Anträge von Fraktionen und Stadträten
- 6.1 *Antrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM zur Prüfung der dauerhaften Bestandssicherung des Thalia Theaters der Stadt Halle*  
Vorlage: V/2010/09317 *abgesetzt*
- 6.2 *Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Aufhebung des Beschlusses zur Schließung des Thalia-Theaters*  
Vorlage: V/2010/09294 *abgesetzt*
7. schriftliche Anfragen von Stadträten

8. Mitteilungen
- 8.1 Stand Umsetzung Konjunkturpaket II
9. Beantwortung von mündlichen Anfragen
10. Anregungen

### **zu 3 Genehmigung der Niederschrift vom 08.12.2010**

---

Es gab keine Einwände gegen die Niederschrift der 16. öffentlichen Sitzung des Hauptausschusses vom 08.12.2010.

**Die Mitglieder des Hauptausschusses genehmigten ohne förmliche Abstimmung die öffentliche Niederschrift der Sitzung vom 08.12.2010.**

### **zu 4 Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung am 08.12.2010 gefassten Beschlüsse**

---

Es lagen keine nicht öffentlich gefassten Beschlüsse vor.

### **zu 5 Beschlussvorlagen**

- zu 5.1 Teilnahme von zwei Stadträten an der 36. ordentlichen Hauptversammlung des Deutschen Städtetages vom 3. Mai bis 5. Mai 2011 in Stuttgart  
Vorlage: V/2010/09409**
- 

An der Diskussion beteiligten sich **Herr Koehn, Herr Wolter, Herr Bartl, Herr Wehrich** sowie **Frau Oberbürgermeisterin Szabados**.

**Frau Oberbürgermeisterin Szabados** teilte eingangs mit, dass die CDU-Fraktion Herrn Bernhard Bönisch und die Fraktion DIE LINKE. Herrn Hendrik Lange als Mitglied für die Teilnahme an der 36. ordentlichen Hauptversammlung des Deutschen Städtetages benannt haben.

Anschließend wurden nachfolgende Vorschläge für Vertretungen im Verhinderungsfall bei einem der beiden benannten Stadträte eingebracht:

**Herr Koehn, SPD-Fraktion:** Herr Dr. Detlef Wend

**Herr Wolter, Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM:** Frau Sabine Wolff

**Herr Wehrich, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:** Herr Dietmar Wehrich

**Herr Wolter** merkte an, dass Frau Wolff in den letzten Jahren an den Hauptversammlungen des Deutschen Städtetages teilgenommen und des Öfteren bereits Vertretungen übernommen habe.

Daraufhin entstand eine kurze Diskussion über die weitere Verfahrensweise im Verhinderungsfall bei einem der beiden benannten Stadträte.

**Herr Bartl, CDU-Fraktion,** fragte, ob bei einem Verhinderungsfall die CDU-Fraktion und die Fraktion DIE LINKE. eine Vertretung benennen können.

**Frau Oberbürgermeisterin Szabados** gab **Herrn Borries, Referent Büro OB,** das Wort. Er erklärte, dass in der Satzung des Deutschen Städtetages dahin gehend keine Regelungen getroffen wurden. Demzufolge liege die Benennung von Vertretern im Verhinderungsfall bei den beiden Fraktionen.

**Herr Koehn, SPD-Fraktion,** fragte daraufhin, ob der Beschlusspunkt 3 der Vorlage gestrichen werden könne.

**Frau Oberbürgermeisterin Szabados** antwortete, dass entsprechend des Beschlusspunktes 3 der Vorlage der Vorsitzende des Stadtrates im Verhinderungsfall auf dem Wege der dann erteilten Ermächtigung die Funktion des Stadtrates übernehme und den Vorschlag der entsprechenden Fraktion als Beschluss rechtskräftig mache. Demzufolge könne der Beschlusspunkt 3 nicht gestrichen werden, um im Verhinderungsfall keine separate Stadtratsitzung einberufen zu müssen.

Darüber hinaus bat **Frau Oberbürgermeisterin Szabados** darum, dass in den Fraktionen über diese Verfahrensweise informiert werde, um in der Stadtratssitzung derartige Diskussionen zu vermeiden.

**Herr Wolter, Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM,** machte deutlich, dass er diese Verfahrensweise nicht nachvollziehen könne und als nicht rechtskonform erachte. Seines Erachtens sollten nicht die beiden Fraktionen das Vorschlagsrecht haben, sondern allein der Vorsitzende des Stadtrates entsprechend der Interessensbekundungen der Fraktionen über die Vertretung entscheiden.

**Frau Oberbürgermeisterin Szabados** wies dies zurück. Sollte der Stadtrat der Vorlage in der vorliegenden Form zustimmen, sei der Beschluss rechtskonform und dann entscheide im Verhinderungsfall der Vorsitzende des Stadtrates über die Vertretung. Dabei liege das Vorschlagsrecht bei der CDU-Fraktion bzw. der Fraktion DIE LINKE.

Zudem haben die Fraktionen die Möglichkeit, auf eigene Kosten Fraktionsmitglieder und Stadträte zum Deutschen Städtetag zu entsenden. Diese hätten dann allerdings kein Stimmrecht.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen.

**Frau Oberbürgermeisterin Szabados** bat um Abstimmung der Vorlage.

**Beschlussvorschlag:**

1. *Der Stadtrat beschließt, dass Herr Bernhard Bönisch, CDU-Fraktion, sowie Herr Hendrik Lange, Fraktion DIE LINKE., die Stadt Halle (Saale) als stimmberechtigte Mitglieder bei der 36. ordentlichen Hauptversammlung des Deutschen Städtetages in Stuttgart vertreten.*

2. *Der Stadtrat beschließt, dass diesen beiden Stadträten nach § 7 der Satzung über die Entschädigung ehrenamtlich tätiger Bürger die anfallenden Kosten von der Stadt Halle (Saale) gewährt werden.*
3. *Sollte ein Verhinderungsfall eintreten, entscheidet der Vorsitzende des Stadtrates über die Vertretung.*

**Abstimmungsergebnis:**

**einstimmig zugestimmt**

---

**Anmerkung:**

Zur Stadtratssitzung am 26.01.2011 wird der Beschlusspunkt 3 wie folgt geändert: „Sollte ein Verhinderungsfall eintreten, entscheidet der Vorsitzende des Stadtrates **auf Vorschlag der CDU-Fraktion bzw. Fraktion DIE LINKE.** über die Vertretung.“

**zu 5.3     Widerspruch gegen die Beanstandungsverfügung vom 16.12.2010 zur Umwandlung des Eigenbetrieb Kindertagesstätten in eine Anstalt des öffentlichen Rechts  
Vorlage: V/2010/09414**

---

An der Diskussion beteiligten sich **Herr Dr. Meerheim, Herr Wolter, Herr Bönisch, Herr Wehrich** sowie **Frau Oberbürgermeisterin Szabados**.

**Frau Oberbürgermeisterin Szabados** begründete die Einbringung der Vorlage. Nach Beschluss des Stadtrates am 24.11.2010 zur Umwandlung des EB KITA in eine Anstalt des öffentlichen Rechts sei mit Schreiben vom 16.12.2010 eine Beanstandungsverfügung des Landesverwaltungsamtes eingegangen. Gegen diese Verfügung wurde seitens der Verwaltung mit Schreiben vom 20.12.2010 fristwährend Widerspruch eingelegt.

Da es hierbei um die Beanstandung eines Stadtratsbeschlusses ginge, müsse der Stadtrat der Einlegung des Widerspruchs sowie der Durchführung des Widerspruchsverfahren durch die Oberbürgermeisterin zustimmen.

**Herr Dr. Meerheim, Fraktion DIE LINKE.**, bat darum, dass die Stadträte über den Inhalt der Begründung zum Widerspruch entsprechend informiert werden.

Nach einer kurzen Diskussion verständigten sich die **Hauptausschussmitglieder** und **Frau Oberbürgermeisterin Szabados**, dass die Begründung zum Widerspruch dem Eigenbetriebsausschuss KITA sowie dem Ausschuss für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften zur Kenntnis gegeben werde.

**Herr Wolter, Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM**, fragte, ob der Beschluss zur Umwandlung des EB KITA in eine Anstalt des öffentlichen Rechts unter Vorbehalt der Zustimmung des Landesverwaltungsamtes hätte gefasst werden müssen, um ein ordnungsgemäßes Handeln zu signalisieren.

**Frau Oberbürgermeisterin Szabados** und **Herr Bönisch, CDU-Fraktion**, verneinten dies und brachten anhand des Beispiels zur Einbringung des städtischen Haushaltes zum Ausdruck, dass eine solche Verfahrensweise nicht zweckmäßig sei. Bei einem Widerspruchsverfahren wären beide Seiten an Termine und Fristen gebunden, so dass zeitnah eine Entscheidung getroffen werde.

Darüber hinaus merkte **Frau Oberbürgermeisterin Szabados** an, dass die Verwaltung ordnungsgemäß vorgegangen sei. Im Vorfeld des Beschlusses zur Umwandlung des EB KITA wurden Gespräche mit dem Landesverwaltungsamt geführt, um u. a. den Standpunkt des Landesverwaltungsamtes zu diesem Beschluss zu erfahren.

Des Weiteren wolle man sich mit der Kommunalaufsicht nochmals konstruktiv auseinandersetzen, um zu einer adäquaten Lösung zu kommen.

**Herr Wehrich, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**, kritisierte, dass im Zuge der Diskussion der Vorlage zur Umwandlung des EB KITA die Verwaltung die Bedenken des Landesverwaltungsamtes nicht angesprochen habe. In der Sitzung des Hauptausschusses am 17.11.2010 wurde seitens der Verwaltung eine Information über die Gespräche mit dem Landesverwaltungsamt zugesagt. Diese sei zu keinem Zeitpunkt erfolgt.

Zudem sollten die Bedenken des Landesverwaltungsamtes entgegen der Begründung zur vorliegenden Vorlage berücksichtigt und darauf entsprechend reagiert werden. Als Beispiel nannte er die voraussichtlichen Einsparungen bei der Umwandlung des EB KITA in eine Anstalt des öffentlichen Rechts. Aus seiner Sicht gebe es keinen Beleg dafür, dass diese Einsparungen tatsächlich eintreten.

Infolge dessen fragte **Herr Wehrich**, wie die Verwaltung das Landesverwaltungsamt von der Rechtmäßigkeit des Beschlusses zur Umwandlung des EB KITA in eine Anstalt des öffentlichen Rechts überzeugen wolle.

**Frau Oberbürgermeisterin Szabados** verwies auf ihre Ausführungen zu Beginn der Diskussion. Die entsprechenden Ausschüsse werden über die Begründung zum Widerspruch informiert.

Weiterhin sei die kommunale Selbstverwaltung durch das Grundgesetz geregelt. Es sei u. a. Aufgabe der Verwaltung, Strukturen zu schaffen, um die Stadt Halle am effektivsten gestalten zu können. Danach werde man verfahren und die notwendigen Unterlagen und Begründungen erarbeiten und sie den o. g. Ausschüssen zur Kenntnis geben.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen.

**Frau Oberbürgermeisterin Szabados** bat um Abstimmung der Vorlage.

**Beschlussvorschlag:**

*Der Stadtrat stimmt der Einlegung des Widerspruchs gegen die Beanstandungsverfügung des Landesverwaltungsamtes vom 16.12.2010 zu und beauftragt die Oberbürgermeisterin das Widerspruchsverfahren durchzuführen.*

**Abstimmungsergebnis:**

**einstimmig zugestimmt  
1 Enthaltung**



**zu 5.4 Förderung der SPI Soziale Stadt und Land Entwicklungsgesellschaft mbH zum Betreiben eines "Nachbarschaftszentrums Pustebblume" in Halle-Neustadt vom 01.01.2011 bis zum 31.12.2015  
Vorlage: V/2010/09347**

---

An der Diskussion beteiligten sich **Herr Dr. Meerheim, Herr Wolter, Herr Wehrich, Frau Ewert, Herr Bönisch** sowie **Frau Oberbürgermeisterin Szabados**.

**Frau Oberbürgermeisterin Szabados** bezog sich auf die in der gestrigen Sitzung des Ausschusses für Finanzen, städtischeeteiligungsverwaltung und Liegenschaften vorgenommene Änderung des Beschlussvorschlages. Sie machte deutlich, dass diese aufgrund der städtischen Haushaltsituation nicht ohne Weiteres umzusetzen sei.

Die **Hauptausschussmitglieder** brachten zum Ausdruck, dass man inhaltlich der Vorlage zustimme. Lediglich die Formulierung habe man als problematisch erachtet. Es wäre nicht eindeutig zu welchen Bedingungen die Option entsprechend des Beschlusspunktes 2 in Anspruch genommen werden könne. Aus diesem Grund sollte das Wort „Option“ gestrichen werden, um auszuschließen, dass der Auftragnehmer ein Recht auf eine Vertragsverlängerung habe.

Im Ergebnis der Diskussion einigten sich **Hauptausschussmitglieder** und **Verwaltung** auf folgende Änderung des Beschlusspunktes 2 der Vorlage:

Der ursprüngliche zweite Satz im Beschlusspunkt 2:

„... Dieser Vertrag kann mit einer Option um jeweils ein weiteres Jahr verlängert werden.“

wird gestrichen und ersetzt durch:

„... Es sind Jahresverträge abzuschließen. Diese können jeweils um ein weiteres Jahr bis maximal 2015 verlängert werden.“

**Herr Bönisch, CDU-Fraktion**, bat um Beachtung der Wortwahl in den Vorlagen. Als Beispiel nannte er das Wort „intergenerativ“, welches in der Begründung zur vorliegenden Vorlage aufgeführt sei. Das Wort „generativ“ stünde im Zusammenhang mit geschlechtlicher Fortpflanzung.

**Frau Oberbürgermeisterin Szabados** sagte zu, dies zukünftig zu beachten.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen.

**Frau Oberbürgermeisterin Szabados** bat um Abstimmung der Vorlage.

**geänderter Beschlussvorschlag:**

1. *Der Stadtrat stimmt zu, dass die SPI Soziale Stadt und Land Entwicklungsgesellschaft mbH zur Betreuung des Nachbarschaftszentrums „Pustebblume“ im Zeitraum vom 01.01.2011 bis 31.12.2015 ein Zuschuss von jährlich max. 50.000 € gezahlt wird. Dazu reicht der Träger jährlich zum 31.08. einen Kosten- und Finanzierungsplan für das Folgejahr ein. Die Betriebskosten werden jährlich angepasst.*

2. Die Oberbürgermeisterin wird ermächtigt, mit dem Träger einen öffentlich rechtlichen Vertrag zur Pauschalfinanzierung zu schließen. **Es sind Jahresverträge abzuschließen. Diese können jeweils um ein weiteres Jahr bis maximal 2015 verlängert werden.**

**Abstimmungsergebnis:**

**mehrheitlich zugestimmt  
1 Nein-Stimme**

---

**Anmerkung:**

Der ursprüngliche zweite Satz im Beschlusspunkt 2:

„... Dieser Vertrag kann mit einer Option um jeweils ein weiteres Jahr verlängert werden.“  
wurde gestrichen.

**zu 7      schriftliche Anfragen von Stadträten**

---

Es lagen keine schriftlichen Anfragen von Stadträten vor.

**zu 8      Mitteilungen**

**zu 8.1    Stand Umsetzung Konjunkturpaket II**

---

**Die Mitteilung wurde zur Kenntnis genommen.**

**weitere Mitteilungen:**

**Frau Oberbürgermeisterin Szabados** teilte in Bezug auf die von der Verwaltung erarbeitete gemeinsame Förderrichtlinie mit, den zeitlichen und inhaltlichen Ablauf von der Einbringung der Anträge durch die Fraktionen bis zur Erarbeitung der Vorlage durch die Verwaltung den Fraktionen zukommen zu lassen. Anschließend sollte über die weitere Verfahrensweise mit den Richtlinien diskutiert werden, um im Ergebnis zu einem endgültigen einvernehmlichen weiteren Vorgehen zu kommen.

An der anschließenden Diskussion beteiligten sich **Herr Wehrich, Herr Wolter, Frau Ewert, Herr Dr. Meerheim, Herr Bartl** sowie **Frau Oberbürgermeisterin Szabados**. Dabei ging es vordergründig um den Inhalt und das Ziel der eingebrachten Anträge der jeweiligen Fraktion.

---

**Frau Oberbürgermeisterin Szabados** bezog sich auf die mündlichen Anfragen von Herrn Wehrich und Frau Ute Haupt zu Gruppenauskünften aus dem Melderegister sowie zum Sachstand Vermarktung und Ausschreibung kleines Thalia-Theater aus der letzten Hauptausschusssitzung und bat die zuständigen Beigeordneten um Beantwortung.

**Herr Dr. Wiegand, Beigeordneter für Sicherheit, Gesundheit und Sport**, teilte mit, dass die Möglichkeit der Erteilung von Gruppenauskünften aus dem Melderegister im pflichtgemäßen Ermessen der Verwaltung liege.

Entsprechend des Stadtratsbeschlusses aus dem Jahr 2006 sollen keine Gruppenauskünfte aus dem Melderegister erteilt werden. Dies sei eine ermessenslenkende Verwaltungsvorschrift, wonach sich die Verwaltung richte.

**Herr Neumann, Beigeordneter für Wirtschaft und Arbeit**, erklärte in Bezug auf den Sachstand kleines Thalia-Theater, dass das Grundstück im Juni 2010 ausgeschrieben wurde. Infolge dessen haben 2 Interessenten Nutzungskonzepte eingereicht. Mit diesen werden derzeit Verhandlungen geführt. Er gehe davon aus, dass in ca. 6 Wochen im Ausschuss für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften über das Verhandlungsergebnis informiert werden könne.

**Herr Dr. Meerheim, Fraktion DIE LINKE.**, wies auf die bisher nicht beantwortete mündliche Anfrage von Herrn Wehrich zur Problematik Fraktionsseiten im Amtsblatt im Jahr 2011 hin. Seitens der Verwaltung wurde eine Prüfung zugesagt, ob bei 19 erscheinenden Amtsblättern 9 oder 10 Fraktionsbeiträge vorgesehen seien. Danach können die Fraktionen einen Vorschlag unterbreiten, wann die Fraktionsseiten erscheinen sollen.

**Frau Oberbürgermeisterin Szabados** bat **Herrn Drenkelfuß, Pressesprecher**, um Auskunft. Er antwortete, dass eine Prüfung beauftragt wäre und die Fraktionen angefragt seien. Er gehe davon aus, dass dies erfolgt sei und daraufhin eine neue Terminierung erfolge.

**Frau Oberbürgermeisterin Szabados** sagte eine schnellstmögliche Beantwortung zu. Möglicherweise könne diese bis zur Stadtratssitzung am 26.01.2011 erfolgen.

**Herr Wolter, Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM**, wies in dem Zusammenhang darauf hin, dass aufgrund der weniger erscheinenden Amtsblätter Ausschusssitzungen einschließlich Tagesordnung deutlich früher veröffentlicht werden müssen, obwohl die Terminsetzung für die Einbringung von Anträgen und schriftlichen Anfragen noch nicht abgelaufen sei.

Als Beispiel nannte er die Sitzung des Ausschusses für Planungsangelegenheiten am 08.02.2011. Im Amtsblatt wurde die Tagesordnung bereits am 12.01.2011 veröffentlicht, Terminfrist für die Einbringung von Anträgen und schriftlichen Anfragen sei erst der 25.01.2011.

Infolge dessen bat **Herr Wolter** um Korrektur und um Sicherstellung zur Einhaltung der Fristen.

**Frau Oberbürgermeisterin Szabados** sagte zu, dass die Geschäftsstelle Stadtrat in Zusammenarbeit mit dem Team Presse dahin gehend Abhilfe schaffen und eine fristgerechte Veröffentlichung von Ausschusssitzungen einschl. Tagesordnung unter Berücksichtigung der Terminsetzungen für die Fraktionen sicherstellen werde. Dabei sollte auch geprüft werden, ob diese Verfahrensweise ebenso bei beratenden Ausschüssen angewendet werden müsse.

**Herr Bartl, CDU-Fraktion**, bezog sich auf die Veröffentlichung der Einladung und Tagesordnung von Stadtratssitzungen. Diese erscheinen zum Teil mehr als 14 Tage vor der Stadtratssitzung im Amtsblatt, so dass Anträge von Fraktionen nicht mehr in die Tagesordnung aufgenommen werden können.

**Frau Oberbürgermeisterin Szabados, Herr Dr. Meerheim, Fraktion DIE LINKE.**, sowie **Herr Lange, Fraktion DIE LINKE.**, wiesen darauf hin, dass Anträge von Fraktionen 3 Wochen vor der jeweiligen Stadtratssitzung bei der Verwaltung eingereicht werden müssen, so dass hier kein Problem mit der Veröffentlichung bestünde.

---

**Frau Oberbürgermeisterin Szabados** bezog sich auf den Dringlichkeitsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD-Fraktion und Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM zur Sicherung städtebaulich und denkmalpflegerisch bedeutsamer Gebäude - „Rote Liste bedrohter Denkmale“ für die kommende Stadtratssitzung.

Der Antrag resultiere aus der Sitzung des Ausschusses für Planungsangelegenheiten am 11.01.2011 und konnte somit nicht fristgerecht für die Stadtratssitzung eingebracht werden.

Die Verwaltung könne dem Antrag inhaltlich zustimmen, allerdings sei die Dringlichkeit nicht zwingend zu erkennen.

**Herr Wolter, Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM**, erklärte, dass der Dringlichkeit im Ausschuss für Planungsangelegenheiten zugestimmt wurde. Aus diesem Grund gehe er davon aus, dass das Abstimmungsverhalten im Stadtrat ähnlich sein werde und der Dringlichkeitsantrag auf die Tagesordnung komme.

**Frau Oberbürgermeisterin Szabados** bat darum, dass sich die Fraktionen im Vorfeld zu dem Dringlichkeitsantrag verständigen, um in der Stadtratssitzung langwierige Diskussionen zur Dringlichkeit zu vermeiden.

---

Darüber hinaus bezog sich **Frau Oberbürgermeisterin Szabados** auf den Antrag der FDP-Fraktion zum Winterdienst für die kommende Stadtratssitzung. Dieser wurde in der Stadtratssitzung im Dezember 2010 als Dringlichkeitsantrag eingebracht und mit weniger als 2/3-Mehrheit zur Aufnahme auf die Tagesordnung mehrheitlich abgelehnt.

In Anbetracht dessen müsse der Antrag dann, sofern dies seitens des Antragstellers gewollt sei, für die nächste Stadtratssitzung fristgerecht eingebracht werden. Dies wäre seitens der FDP-Fraktion nicht erfolgt. Der Antrag wurde zwar in den kommunalen Sitzungsdienst eingestellt, aber nicht freigeschalten, so dass für die Verwaltung dieser nicht zu erkennen war.

Demzufolge könne der Antrag lediglich als Dringlichkeitsantrag auf die Tagesordnung genommen werden. **Frau Oberbürgermeisterin Szabados** fragte nach der weiteren Verfahrensweise mit dem Antrag.

**Herr Dr. Wöllenweber, FDP-Fraktion**, betonte, dass der Antrag fristgerecht am 16.12.2010 durch seine Fraktion in den kommunalen Sitzungsdienst eingestellt wurde. Damit hätte er ordnungsgemäß auf die Tagesordnung für die Stadtratssitzung am 26.01.2011 genommen werden müssen. Die Gründe, weshalb der Antrag der Verwaltung nicht angezeigt wurde, seien ihm nicht bekannt.

Ein erneutes Einbringen des Antrages über die Dringlichkeit halte er für fraglich. Das Problem der Umsetzung des Winterdienstes bestünde allerdings weiterhin, so dass man sich möglicherweise darauf verständigen könne, den Antrag als gewöhnlichen Antrag auf die Tagesordnung der kommenden Stadtratssitzung zu setzen.

**Frau Oberbürgermeisterin Szabados** machte deutlich, dass außer über die Dringlichkeit rechtlich keine Möglichkeit bestünde, den Antrag nachträglich auf die Tagesordnung zu nehmen.

In Anbetracht dessen bat **Frau Oberbürgermeisterin Szabados** die Fraktionen um Klärung dieser Problematik und Information an die Verwaltung bis zur Stadtratssitzung zur weiteren Verfahrensweise mit dem Antrag.

**Herr Wehrich, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**, fragte, durch wen der Antrag nicht freigeschalten wurde.

**Frau Oberbürgermeisterin Szabados** antwortete, dass der Antragsteller den Antrag freischalten müsse und dies im vorliegenden Fall durch die FDP-Fraktion nicht geschehen sei.

---

Zum Haushalt 2011 übergab **Frau Oberbürgermeisterin Szabados Herrn Geier, Beigeordneter für Finanzen und Personal**, das Wort. Er bezog sich auf einen Bericht im Halle-Forum und teilte zum städtischen Haushalt 2011 folgendes mit.

Aufgrund der in den letzten Jahren späten Beschlussfassung des Haushaltes habe man sich dazu entschieden, den Haushalt 2011 mit einem Fehlbedarf im Verwaltungshaushalt in Höhe von 31,8 Mio. € bereits in die Stadtratssitzung im Januar einzubringen.

Der Fehlbedarf sei lediglich ein Zwischenstand. Zielstellung wäre ein Fehlbedarf in Höhe von maximal 20 Mio. €, um den Beschluss des Stadtrates zur Mittelfristplanung sowie Haushaltskonsolidierung und die Vorgaben des Landesverwaltungsamtes einhalten zu können.

**Herr Beigeordneter Geier** erklärte, dass bei der Erstellung des Haushaltes 2011 die Änderungen auf Bundes- und Landesebene mit berücksichtigt wurden, wie z. B. die Kürzung der Bundesbeteiligung an den Kosten der Unterkunft (KdU). Infolge dessen erhalte die Stadt Halle 1,3 Mio. € weniger Bundesmittel.

Anschließend stellte **Herr Beigeordneter Geier** die Schwierigkeiten zur Erstellung der Haushaltsplanung 2011 dar und erklärte die Verfahrensweise innerhalb der Verwaltung. Nach Zuarbeit der jeweiligen Dezernate und Ämter sei ein Fehlbedarf in Höhe von ca. 43 Mio. € entstanden. Hier habe die Verwaltung durch entsprechende Maßnahmen bereits gegengesteuert und diesen Betrag auf 31,8 Mio. € reduziert. Die Verwaltung werde weitere Vorschläge für die Reduzierung des Fehlbedarfes einbringen.

In Anbetracht dessen könne er den Vorwurf entsprechend des Berichtes im HalleForum, dass die Verwaltung nicht in der Lage sei, einen ordnungsgemäßen Haushalt zu erstellen, in keinsten Weise nachvollziehen. Ein ausgeglichener Haushalt wäre durch die Kürzung im Bereich der freiwilligen Leistungen ohne Weiteres möglich. Dies könne aber sowohl für den Stadtrat als auch für die Verwaltung nicht das Ziel sein. Angesichts der Haushaltsituation der Stadt Halle müsse versucht werden, die einzelnen Dinge vernünftig miteinander abzuwägen.

**Herr Beigeordneter Geier** bat darum, sich nicht an derartigen Vorwürfen zu beteiligen, sondern vielmehr auch im Interesse der freiwilligen Aufgaben vernünftige politische Abwägungen zu treffen und entsprechende Diskussionen zu führen.

**Frau Oberbürgermeisterin Szabados** informierte zum Haushalt 2010, dass nach vorläufigem Ergebnis der festgelegte Fehlbedarf entsprechend des Nachtragshaushaltes eingehalten werden konnte. Die stringenten Vorgaben müssen auch weiterhin umgesetzt werden, um die Haushaltskonsolidierung vornehmen zu können.

In dem Zusammenhang müsse allerdings auch eine Verbesserung der Einnahmen für die Stadt Halle als Oberzentrum über das FAG erreicht und das Land auf diese problematische Situation hingewiesen werden. Anderenfalls werde die Stadt Halle für Unternehmen und Einwohner unattraktiv.

Des Weiteren brachte **Frau Oberbürgermeisterin Szabados** zum Ausdruck, dass Verwaltung und Stadtrat bei der Beratung zum Haushalt 2011 gemeinsam durch sachliche Diskussionen einen ordnungsgemäßen Haushalt mit einem Defizit von maximal 19,5 Mio. € erarbeiten können. Dazu werde die Verwaltung eine weitere Optimierung vornehmen und Vorschläge einbringen.

---

**Frau Oberbürgermeisterin Szabados** teilte zur Problematik Hochwasser mit, dass die Pegelstände gesunken seien und sich die Situation vorerst etwas beruhigt habe. Eine Entwarnung liege allerdings noch nicht vor. Insgesamt gesehen konnte das diesjährige Hochwasser bisher, trotz der zwischenzeitlichen Probleme mit der Deichsicherung, bewältigt werden.

Jetzt sei es Aufgabe der Verwaltung in Zusammenarbeit mit den zuständigen Landesbehörden, eine nachhaltige und umfassende Dokumentation an den jeweiligen Bereichen des diesjährigen Hochwassers zu erstellen, um für mögliche nächste Hochwasser frühzeitig notwendige Schutzmaßnahmen treffen zu können.

Anschließend bezog sich **Frau Oberbürgermeisterin Szabados** auf die besonders Hochwasser gefährdeten Gebiete in der Stadt Halle. Insbesondere für folgende Gebiete müssen Lösungen gefunden werden, um diese vor einem erneuten Hochwasser zu schützen:

- Gimritzer Damm  
Dieser ist eine Hochwasserschutzanlage. Durch den Bewuchs bestünde die Gefahr, dass der Damm durchlässig werde und demzufolge in Halle-Neustadt erhebliche Probleme entstehen können. Das Land wurde bereits über die Situation informiert.
- Halle-Neustadt.  
Probleme beim Abpumpen des Grundwassers  
Ausfall von Pumpen in der Brunnengalerie
- Trafostation an der Eissporthalle

**Herr Dr. Wiegand, Beigeordneter für Sicherheit, Gesundheit und Sport**, fügte hinzu, dass der Pegelstand derzeit 6,35 m betrage und man sich damit 50 cm unterhalb des vor wenigen Tagen vorhandenen Höchststandes befinde. Ein mittleres Hochwasser liege bei einem Pegelstand von 2,50 m.

Nach wie vor sei die Situation angespannt, da auch weiter die Gefahr bestünde, dass die Deiche durchnässen. Solange sich die Lage nicht weiter entspannt, werde man auch weiterhin in einem kleinen Stab zusammenarbeiten.

Des Weiteren betonte **Herr Beigeordneter Dr. Wiegand**, dass sich die eingerichteten Alarmierungsstufen bewährt haben und hauptamtliche und freiwillige Kräfte hervorragend zusammengearbeitet haben. Als Beispiel nannte er die Probleme mit der Trafostation an der Eissporthalle.

**Herr Wehrich, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**, erinnerte in dem Zusammenhang an seinen vor ca. 3 Jahren eingebrachten Antrag zu den Folgen des Klimawandels. In diesem habe er genau auf die von der Verwaltung genannten Problempunkte hingewiesen, wie z. B. den Gimritzer Damm. Damals wurden die Probleme seitens der Verwaltung nicht erkannt.

Insofern sei er erfreut darüber, dass man sich jetzt damit auseinandersetze und nach Lösungen suche. In Anbetracht dessen müsse aber auch darüber nachgedacht werden, ob man, wie auch in anderen Bundesländern erfolgt, die Bemessung der Deiche von vornherein höher ansetze.

Zudem fragte **Herr Wehrich** nach der Höhe der entstandenen Kosten für die Stadt Halle, wie z. B. Evakuierung von Pflegeeinrichtungen usw. Des Weiteren bat er um Darstellung der entstandenen Schäden für Privatpersonen.

**Frau Oberbürgermeisterin Szabados** erklärte auf die Frage von Herrn Wehrich, dass momentan die Stabilisierung der Maßnahmen zum Hochwasserschutz vorrangig seien. Danach werde die Verwaltung entsprechend ihrer Möglichkeiten die entstandenen Schäden für Privatpersonen sowie die Kosten für die Stadt Halle darstellen.

Darüber hinaus werden zurzeit Erstattungsansprüche für Vorleistungen der Stadt Halle rechtlich geprüft, wie z. B. bei Evakuierungen.

Es gab keine weiteren Mitteilungen.

## **zu 9 Beantwortung von mündlichen Anfragen**

---

**Herr Wolter, Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM**, fragte nach dem Stand Visitenkarten für die Stadträte.

**Frau Oberbürgermeisterin Szabados** bat **Frau Schmidt, Leiterin Büro OB**, um Information. Sie antwortete, dass ein zeitnahe Umzug der Fraktionen in das Stadthaus vorgesehen war und die Visitenkarten dementsprechend vorbereitet wurden.

Da der Umzug bisher nicht realisiert werden konnte, bestünde die Möglichkeit, Visitenkarten mit den Privatanschriften der Stadträte anzufertigen. Hierzu gebe es jedoch unterschiedliche Auffassungen in den Fraktionen.

Nach einer kurzen Diskussion verständigten sich **Hauptausschussmitglieder** und **Verwaltung** darauf, dass die Visitenkarten mit den Privatanschriften den Stadtratsmitgliedern zeitnah ausgehändigt werden.

---

**Herr Bönisch, CDU-Fraktion**, fragte in Bezug auf die Mitteilung zum Hochwasser, ob Einwohner in akute Notlage geraten seien und ob die Stadt in einem solchen Fall unterstützend tätig werde.

**Frau Oberbürgermeisterin Szabados** entgegnete, dass ihren Informationen zufolge keine Meldung dahin gehend bei der Verwaltung eingegangen sei. Sollte dies durch Bürger angezeigt werden, würde eine entsprechende Prüfung erfolgen.

Weiterhin finden momentan Gespräche zwischen Verwaltung und der Jobcenter statt, ob durch arbeitspolitische Maßnahmen eine Unterstützung zur Beseitigung der Hochwasserschäden erfolgen könne, z. B. wenn der Eigentümer oder Besitzer die Hochwasserschäden nicht selbst beseitigen kann.

**Herr Dr. Wiegand, Beigeordneter für Sicherheit, Gesundheit und Sport**, fügte hinzu, dass aufgrund der angespannten Lage derzeit Notrettungsmaßnahmen im Vordergrund stünden. Derart akute Schadensmeldungen seien bisher nicht eingegangen.

---

**Herr Bönisch, CDU-Fraktion**, fragte nach der Höhe der ausgereichten Mittel für die freiwilligen Feuerwehren im Jahr 2010. Im Zusammenhang mit dem Hochwasser sollte in den nächsten Jahren bei der Vergabe von Fördermitteln die dringend notwendige Unterstützung und Hilfe der freiwilligen Feuerwehren in derartigen problematischen Situationen berücksichtigt werden.

**Frau Oberbürgermeisterin Szabados** sagte eine schriftliche Beantwortung zu.

---

**Frau Dr. Bergner, CDU-Fraktion**, bezog sich ebenfalls auf die Mitteilung zum Hochwasser und fragte, ob in dem vorgesehenen Bericht auch die Art der Hilfeleistung und der Einsatzkräfte aufgeführt werde.

Dies habe den Hintergrund, dass ihren Informationen zufolge Feuerwehr und THW den Betroffenen bei den notwendigen Maßnahmen zum Schutz vor dem Hochwasser zum Teil nicht unterstützt haben sollen.

Darüber hinaus fragte **Frau Dr. Bergner**, ob die aufgrund des Hochwassers im Jahr 2002/2003 zugesagten Verbesserungen bei dem diesjährigen Hochwasser umgesetzt wurden.

**Frau Oberbürgermeisterin Szabados** erklärte, dass in dem Bericht vordergründig die Pegelstände aufgeführt seien, um bei zukünftigem Hochwasser mögliche Auswirkungen schneller erkennen zu können.

Hinsichtlich der Ausführungen von Frau Dr. Bergner zu Beschwerden durch Betroffene wies **Frau Oberbürgermeisterin Szabados** darauf hin, dass dafür ein Bürgertelefon eingerichtet wurde. Zu den eingegangenen Hinweisen, Anmerkungen und Beschwerden erfolge eine separate Auswertung.



Zudem müsse anhand einer Übersicht dargestellt werden, inwieweit gegenüber dem Hochwasser im Jahr 2003 Verbesserungen und Veränderungen vorgenommen wurden. Dies werde die Verwaltung im Nachgang an das Hochwasser erarbeiten, um zukünftigen Hochwassern mit mehr Schutzmaßnahmen entgegenzuwirken.

---

**Frau Dr. Bergner, CDU-Fraktion**, bezog sich auf die Diskussionen zum Antrag der FDP-Fraktion zum Winterdienst in der letzten Sitzung des Hauptausschusses. Darin wurde zugesagt, dass die Straßen an Kindertagesstätten geräumt werden. Sie habe darum gebeten, dass der Stadtteil Kröllwitz, insbesondere die Wilhelm-von Kugelgen-Straße in den Räumplan aufgenommen werde. Dies wurde allerdings nicht umgesetzt.

**Frau Oberbürgermeisterin Szabados** brachte zum Ausdruck, dass die Beräumung von Nebenstraßen nach folgender Priorität erfolge: Krankenhäuser, Pflegeeinrichtungen, Kindergärten und Schulen.

Weiterhin habe sie in der letzten Sitzung des Hauptausschusses darauf aufmerksam gemacht, dass eine Beräumung aller Nebenstraßen bei derartigen Schneemengen nicht möglich wäre.

Darüber hinaus sei es durchaus vertretbar, bis zur KITA wenige Meter zu Fuß zu laufen und nicht mit dem PKW bis zum Eingang der KITA vorzufahren.

---

**Herr Lange, Fraktion DIE LINKE.**, bezog sich auf die Mitteilung zum Hochwasser und fragte nach der Grundwassersituation, insbesondere in Halle-Neustadt sowie nach den Plänen der Verwaltung hinsichtlich eines Umbaus/Neubau/Schließung des Planetariums entsprechend der Pressemitteilungen.

Zudem bat **Herr Lange** darum, in dem Hochwasserbericht die Bebauungssituation in den Hochwassergebieten zu berücksichtigen. Dabei verwies er auf den Kunstrasenplatz am Sandanger und die damaligen Diskussionen hinsichtlich des Standortes. Man müsse sich darauf einstellen, dass die Hochwasserproblematik in den kommenden Jahren öfter eintritt. Aus diesem Grund sollte die Bebauungssituation in den gefährdeten Gebieten nochmals analysiert und zukünftig auf Investitionen dort verzichtet werden.

**Frau Oberbürgermeisterin Szabados** stimmte den Ausführungen von Herrn Lange zu. Unter diesem Aspekt untersuche die Verwaltung derzeit den Standort des Planetariums. Dabei könne z. B. auch die Saline als neuer Standort in Betracht gezogen werden. Dies seien aber lediglich Überlegungen und müssen geprüft und mit den Betroffenen und Verantwortlichen abgestimmt werden.

**Herr Dr. Wiegand, Beigeordneter für Sicherheit, Gesundheit und Sport**, antwortete auf die Frage zum Grundwasserstand, dass dieser nicht prognostizierbar sei. Die Erdschichten seien zum Teil so umlaufen, dass nicht erkennbar sei, an welchen Stellen das Wasser austrete.

**Frau Oberbürgermeisterin Szabados** ergänzte, dass diese Problematik ebenfalls in den Bericht zum Hochwasser aufgenommen werde.

---

**Herr Wehrich, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**, fragte nach dem Bewerbungsverfahren des Beigeordneten für Planen und Bauen.

**Frau Oberbürgermeisterin Szabados** kündigte an, im nicht öffentlichen Teil der Sitzung dazu Ausführungen zu machen.

---

**Herr Wehrich, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**, bezog sich auf seine Anfrage in der Stadtratssitzung im November 2010 nach einer aktualisierten Aufstellung der Betriebskosten für das Kurt-Wabbel-Stadion. Diese Übersicht habe er bis zum heutigen Tag nicht erhalten.

**Frau Oberbürgermeisterin Szabados** sagte eine zeitnahe Beantwortung der Anfrage an die Fraktionen zu.

---

**Herr Bönisch, CDU-Fraktion**, bezog sich auf einen Bericht zur Beseitigung von Schlaglöchern bei TV Halle und fragte, ob tatsächlich damit in größerem Umfang bereits begonnen wurde.

**Frau Oberbürgermeisterin Szabados** erklärte, dass das Tiefbauamt beauftragt wurde, die gravierendsten Schäden provisorisch mit Kaltbitumen auszubessern, um Fahrzeug- und Personenschäden zu verhindern. Dies sei mit einem ähnlich hohen Kostenaufwand verbunden wie die Aufstellung eines Warnschildes. Danach entscheide man über eine großflächige Ausbesserung der Straßenschäden.

**Herr Bürgermeister Dr. Pohlack** fügte hinzu, dass eine Ausbesserung der Straßenschäden mit Kaltbitumen eine durchschnittliche Bodentemperatur von 5 Grad Celsius am Tag erfordere.

Es gab keine weiteren mündlichen Anfragen.

## **zu 10     Anregungen**

---

Es gab keine Anregungen.

**Frau Oberbürgermeisterin Szabados** beendete die 17. öffentliche Sitzung des Hauptausschusses.

---

Dagmar Szabados  
Oberbürgermeisterin

---

A. Kraft  
Protokollführerin